

## I.

# Zur Entstehung der deutschen Stadtgemeinde (Koblenz).

Von

Herrn Archivar Dr. **Max Bär**  
in Stettin.

Durch die Arbeiten v. Belows<sup>1)</sup> ist die Frage nach der Entstehung des deutschen Städtewesens von neuem zu wissenschaftlicher Erörterung gestellt worden und wichtige Theile dieser Frage sind von ihm in endgültiger Weise klargestellt worden. Nachdem die Arbeiten von Richard Schröder<sup>2)</sup> und Aloys Schulte<sup>3)</sup> neue Anschauungen denen v. Belows an die Seite und entgegengestellt haben, halte ich es für wünschenswerth, dass Jeder, der sich mit der Verfassung einer auch noch so unbedeutenden Stadt beschäftigt hat, seiner Anschauung Ausdruck gebe.

Die Quellen<sup>4)</sup> über die Entstehung der Stadtgemeinde Koblenz und deren älteste Verfassung fließen ungemein spärlich.

---

<sup>1)</sup> v. Below, Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung, 2 Aufsätze in v. Sybels Historischer Zeitschr. Bd. 58 u. 59 (1887 u. 1888). v. Below, Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde (1889). — <sup>2)</sup> Richard Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte (1889) S. 590 ff. Schröder, Die Stellung der Rolandssäulen in der Rechtsgeschichte in der Festschrift des Vereins für die Geschichte Berlins (1889). Schröder, Weichbild in: Historische Aufsätze dem Andenken von Waitz gewidmet (1886). — <sup>3)</sup> Aloys Schulte, Ueber Reichenauer Städtegründungen im 10. und 11. Jahrhundert in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins N. F. Bd. V Heft 2 S. 137—169. (1890). — <sup>4)</sup> Die gesammten Acten und Urkunden zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung von

Nur ganz wenige Urkunden sind geeignet, in Bezug auf die obige Frage einige Auskunft zu geben. Und dieselben geben nicht einmal unmittelbar Aufschluss. Nur nebensächlich berühren sie jene rechtsgeschichtliche Frage und nur mit Hülfe einiger späterer Nachrichten lassen sich Schlüsse aus ihnen ziehen. Wenn ich trotzdem versuche, auf Grund so mageren Quellenstoffs meine Gedanken über die älteste Verfassungsform von Koblenz in Worte zu kleiden, so geschieht es eben in der oben ausgesprochenen Ueberzeugung, dass es wünschenswerth ist, möglichst zahlreich die Ergebnisse der Einzel Forschungen auf den Markt des deutschen Städtewesens zu bringen.

Die ältesten Erwähnungen des Namens Koblenz in merovingischer und karolingischer Zeit darf ich füglich als hier nicht in Betracht kommend übergehen. Der Name wird als Aufenthaltsort der Könige und Kaiser häufig genannt. Es befand sich ein Königshof daselbst. Diesen Königshof schenkte i. J. 1018 Kaiser Heinrich II. an den Erzbischof Poppo von Trier zugleich mit der bei dem Ort gelegenen Abtei (dem Stift S. Florin<sup>1)</sup>, sowie ferner den Zoll und die Münze zu Koblenz<sup>2)</sup>. Ueber die Geschichte dieses Zolles sind wir durch eine Reihe wichtiger Urkunden bis zum Ende des 13. Jahrhunderts gut unterrichtet. Bereits 24 Jahre später, 1042, schenkte der Erzbischof Poppo den Koblenzer Zoll dem Stift S. Simeon in Trier und zwar, wie er genauer umschrieben wird, *theloneum quod a pertranseuntibus navigio universis et in foro Confluentie solvitur*<sup>3)</sup>. Wir sehen daraus, dass wir unter jenem dem Erzbischof seitens des Kaisers i. J. 1018 geschenkten Zoll nicht nur einen Durchgangszoll zu verstehen haben, sondern auch einen Marktzoll, Abgaben vom Koblenzer Markt. Bei der Schenkung dieses Zolles an das S. Simeonstift behielt sich jedoch der Erzbischof einen Theil der Einkünfte vor: *hoc tantum*

---

Koblenz bis 1500, welche im Staatsarchiv und dem städtischen Archiv zu Koblenz beruhen, habe ich gesammelt und hoffe, dieselben vollständig veröffentlichen zu können. Der nachfolgende Aufsatz ist aus der Einleitung zu dieser Quellensammlung entnommen.

<sup>1)</sup> Vgl. Breslau, Jahrbücher des deutschen Reichs unter Heinrich II Bd. 3 S. 32 und Günther, Gesch. v. Koblenz S. 15. — <sup>2)</sup> Mittelrheinisches Urkundenbuch I 344. — <sup>3)</sup> Mittelrh. U.-B. I 372.

excepto, quod hiconomus episcopi in festo beate nativitatis domine nostre accipiet medietatem thelonei per unum diem integrem et duos dimidios . . . d. h. es sollte zu Maria Geburt die Hälfte der Zolleinkünfte eines ganzen und zweier halben Tage an den erzbischöflichen Verwalter abgeführt werden.

Nach diesen beiden Urkunden von 1018 und 1042 bestand demnach zu Koblenz eine frühere Königsburg, nunmehr dem Erzbischof von Trier gehörig und in derselben eine erzbischöfliche Hofverwaltung. Als den leitenden Beamten dieses Fronhofs werden wir den hiconomus<sup>1)</sup> episcopi von 1042 anzusprechen haben. Ihm wird auch die Verwaltung der Münze unterstellt gewesen sein. Ausser dem Fronhof und der Münze aber bestand zu Koblenz ein Markt. Die Abgaben vom Koblenzer Markt flossen vor 1018 dem Könige zu. Sie waren öffentlicher Natur. Nach 1018 erhielt sie der Erzbischof, dann durch Schenkung das Stift S. Simeon. An dem Charakter der Abgaben wurde dadurch natürlich nichts geändert. Dass sich der Erzbischof bei Vergebung der Zolleinkünfte die halben Einkünfte zu Maria Geburt für einen ganzen und zwei halbe Tage vorbehielt, lässt darauf schliessen, dass an diesen Tagen die Einnahmen der Zoll- und Marktabgaben besonders hohe waren. Man wird nicht fehl greifen, wenn man annimmt, dass eben in diesen Tagen der Koblenzer Jahrmarkt oder überhaupt ein grosser Koblenzer Markt stattgefunden habe<sup>2)</sup>.

Im Jahre 1104 bestätigte Kaiser Heinrich IV. dem Simconstift den Besitz des Koblenzer Zolles, wie ihn die dortigen Schöffen festgesetzt hatten<sup>3)</sup>. Der Erzbischof Bruno von Trier

---

<sup>1)</sup> In den erzbischöflichen Bestätigungsurkunden von 1138 und 1162 heisst er ekonomus archiepiscopi. Mittelrh. U.-B. I 556 und 693. —

<sup>2)</sup> Vgl. Urkunde v. 1309 Sept. 13 bei Günther, Codex Rhenomosellanus III 127, durch welche Kaiser Heinrich VII. auf Bitte seines Bruders, des Erzbischofs Balduin, der Stadt einen Jahrmarkt verleiht, also doch, wie üblich, die Bestätigung des Bestehenden. Dieser Jahrmarkt soll mit dem Tage vor Maria Geburt beginnen und bis zum 1. October währen. Dass der grosse Markt gerade auf das Fest Maria Geburt fiel, findet seine Erklärung vielleicht darin, dass das S. Florinsstift ursprünglich auf den Namen der Maria gegründet worden. Kirchliche Feste und das Zusammenströmen der Umwohner zu denselben sind ja vornehmlich für die Zeit der Märkte bestimmend gewesen. — <sup>3)</sup> Mittelrh. U.-B. I, 467.

hatte ein solches Weisthum über die Höhe der Zollsätze und der Marktabgaben von namentlich und an erster Stelle genannten Schöffen und der ganzen familia, d. h. doch von Ministerialen und Hörigen, erfordert. Der Zolltarif ist in der Urkunde enthalten. Vornehmlich die Schöffen des Gerichts haben ihn gewiesen. Sie müssen also Leute gewesen sein, welchen die Angelegenheiten des Marktes, die Höhe der Abgaben, die Art ihrer Erhebung genau bekannt waren, Leute, welche durch ihren Beruf persönlich mit dem Gegenstand ihres Weisthums, dem Zoll und dem Markt, zu thun hatten, also zweifellos Kaufleute. Nur sie konnten wissen, *quidve in eodem loco thelonei antiquo jure solveretur*. Es ist bezeichnend, dass bereits diese älteste Erwähnung der Koblenzer Schöffen dieselben in Angelegenheiten des Marktes und der Marktverwaltung handelnd auftreten lässt, dass die Marktangelegenheiten zu den Obliegenheiten der Schöffen gehören. Das wird noch deutlicher durch einige weitere Nachrichten. Nach derselben Urkunde von 1104 bzw. nach dem in derselben enthaltenen Tarif erhalten die Koblenzer Schuhmacher den Zoll, welchen die fremden Schuhmacher während des Marktes geben. Dafür aber müssen sie dem Zöllner und 8 senatoribus eine Mahlzeit geben. In der Zollrolle von 1209 heisst die entsprechende Stelle: *Post festum quoque sancti Martini theloneario et villico dabunt sutores Confluentie eis et scabinis servitium laudabile, villico secum habente militem et servum. Quod si laudabile non fuerit servitium, satisfacient theloneario et villico secundum quod scabini judicaverint*<sup>1)</sup>. Daraus geht hervor, dass die scabini von 1209 die senatores von 1104 sind. Der villicus ist der Schultheiss des öffentlichen Gerichts, der scultetus. Die obige Vermuthung ist also richtig, dass nämlich die Schöffen bzw. das Gericht marktrechtliche Obliegenheiten zu erfüllen hat, dass wir das Gericht als ein Marktgericht werden ansprechen müssen. Das Gericht bestimmt nicht nur was Herkommens, sondern auch was Rechtsens ist.

Seit 1042 hatte das Stift S. Simeon den Zoll unangefochten in Besitz. Da trat an die Stadtgemeinde Koblenz das Bedürfniss heran, entsprechend ihrem Wachsthum eine Erweiterung

<sup>1)</sup> Mittelrh. U.-B. II, 280.

der Stadtmauer<sup>1)</sup> vorzunehmen. Eine Eifersucht der Stadt auf den geistlichen Inhaber des Zolles mag schon lange vorher bestanden haben. Deshalb und nach dem Beispiel anderer Städte lag es nahe, aus den Markteinnahmen des Zolles auch die Bedürfnisse des Marktes selbst, die Sicherung der Marktfreiheit und des Marktfriedens, bestritten zu sehen. Die Stadt wünschte einen Theil der Zolleinnahmen zum Zwecke solcher Bedürfnisse, im besondern zum Stadtbau überwiesen zu erhalten. Eine Urkunde von 1182 behandelt den darüber entbrannten Streit zwischen dem Simeonstift und den Koblenzer Einwohnern, *tam ministeriales quam burgenses*<sup>2)</sup>. Die Schöffen hatten Beschwerde erhoben in *annuis placitis suis* und zwar *coram advocato suo et villico*, also vor dem Vogt des Gerichts, dem Grafen von Nassau, und dem Schultheiss und erklärten, dass ein Theil jenes Zolles der Stadt zukomme zur Unterhaltung der Mauern, *dicentes, quendam portionem ad civitatis edificia pertinere*. Als dann thätlicher Widerstand gegen die Zollerhebung von den Bürgern geleistet wurde, griff der Erzbischof Arnold von Trier als Vermittler ein und vertrug die Streifenden. Der Erzbischof war persönlich in Koblenz anwesend und hatte sich ins weltliche Gerichtshaus, *laicale pretorium*, begeben, in welchem alle Koblenzer Bürger zusammengekommen waren. Hier verpflichteten sich dieselben, dem Stift kein Hinderniss wegen der Zollerhebung in den Weg zu legen, dieses zahlte 60 mr. als einmaligen Betrag an die Bürger. Diejenigen, welche dem Vertrage zuwiderhandeln würden, bedrohte der Erzbischof mit der Strafe der Excommunication und der Koblenzer Vogt, Graf Robert von Nassau, mit der Strafe seines Bannes. Als Zeugen werden in der wichtigen Urkunde 14 Geistliche von Trier und Koblenz

---

<sup>1)</sup> Die älteste Befestigung von Koblenz ist das alte Römerkastell. Ueber dasselbe handelt ausführlich ein Aufsatz von Leopold Eltester im Rheinischen Antiquarius Abthlg. I Bd. 4 S. 474. Im 12. Jahrhundert fand dann die zweite Befestigung statt. Sie veranlasste den Streit, von welchem die oben erwähnte Urkunde von 1182 handelt. Die Vergrößerung der Stadt durch Handel und Markt machte diese zweite erweiterte Befestigung nothwendig. Vgl. über dieselbe Bär, der Koblenzer Mauerbau S. 22, 23. Die dritte grosse Befestigung fand dann im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts statt. — <sup>2)</sup> Mittelrh. U. B. II, 92.

genannt, 5 Ministerialen ausserhalb Koblenz, 10 Ministerialen von Koblenz und 10 Bürger. Wir ersehen aus der Urkunde, dass die Schöffen als Vertreter der Bürgerschaft auftreten in Sachen der Marktangelegenheiten und dass zu der Bürgerschaft als den am Marktwesen Betheiligten „tam ministeriales quam burgenses“ gehören. Und da im Jahre 1104 der Erzbischof zur Erbringung jenes Weisthums über die Höhe des Zolls und der Marktabgaben neben den Schöffen auch „universa familia“ auffordert, so ist, wenn wir unter familia die Ministerialen und Hörigen des Erzbischofs richtig verstehen, auch diesen die Theilnahme am Marktverkehr freigegeben.

Auch die Urkunde von 1209 weist eine deutliche Beziehung des Gerichts zum Markt und Verkehr auf. Wenn nämlich der Zöllner an der Richtigkeit der Angaben zweifelt, welche die Fremden über den Umfang dessen machen, was sie an zollpflichtigen Dingen mit sich führen, so nimmt er sich den Boten des Schultheissen, also den Fronboten (nuntium villici Confluentinorum, qui preco ville nuncupatur) zu Hülfe. Si plura invenerit theloneum persolutura quam retulerit, satisfacet theloneario et villico.

Nähere Nachrichten über die Thätigkeit des Koblenzer Gerichts in Sachen des Marktes besitzen wir bedauerlicher Weise für so frühe Zeit nicht. Die Abweichung des Weichbildrechts vom gemeinen Landrecht führte aber auch in Koblenz zur Niederschrift eines Stadtrechts. „Das alte Gerichtsbuch“ ist in einer Abschrift aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts erhalten. Der 22. Abschnitt dieser Rechtsquelle handelt von der freien Zeit. Dieselbe beginnt am Tage vor Maria Geburt zur Vesperzeit. Als äusseres Zeichen derselben errichten die Fronboten auf dem S. Florinshof und dem S. Kastorhof ein hölzernes Kreuz, an dem sich eine Hand und ein Schwert befindet. Von da ab ist freie Zeit, d. h. es finden keine gerichtlichen Handlungen statt bis zum nächsten Gerichtstag nach Remigius. Friedbrüche werden in dieser Zeit doppelt bestraft<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Allwegen uf unser lieben frawen abent nativitatis zu vesper zeit gaet aen die frey zeit zu Coblents und alss balde suillen die froneboten ein hoilzen creuz mit eime schwerde und einer hand darin gehen uf sanct Florinshof ufstellen und auch eins also uf sanct Castors-

Hier ist eine deutliche Beziehung des Gerichts zum Markt gegeben. Denn mit Maria Geburt begann der grosse Koblenzer Markt und die Dauer der freien Zeit umfasst auch die Dauer des Marktes, der mit dem Remigiusfest sein Ende erreicht. Bei Beginn derselben wurde das Marktkreuz mit Hand und Schwert aufgerichtet, der Marktfriede wurde erklärt, der Bruch <sup>1)</sup> desselben doppelt gebüsst. Wie die älteste Erwähnung der Koblenzer Schöffen deren Beziehung zum Markt zum Gegenstande hat, so lässt auch die bedeutendste Quelle des Koblenzer Stadtrechts über die marktrechtliche Beziehung des Gerichts keinen Zweifel.

Und diese Beziehung wird immer deutlicher. Das Marktkreuz ist auch das äussere Zeichen, unter welchem die gerichtliche Besitznahme in Koblenz stattfand; ein Gut unter seine rat schlagen (rode = Kreuz) ist der gebräuchlichste Ausdruck <sup>2)</sup>. Ja, das Marktkreuz ist recht eigentlich das Zeichen des Koblenzer Gerichts überhaupt. Als sich die Koblenzer Schöffen zu Anfang des 14. Jahrhunderts ein neues Siegel schaffen, wählen sie das Kreuz als das Bild ihres Siegels <sup>3)</sup>. Dies Bild ist auch das wesentliche ihres Siegels. Denn wenn auch der übrige Theil desselben, die Rose, in deren Mitte das Kreuz sich befindet, verletzt und zerbrochen ist, das Kreuz dagegen erhalten, so gilt auch das Siegel als unversehrt. Die Erneuerung eines zerbrochenen Schöffensiegels wurde von den Schöffen nur dann umsonst vollzogen, wenn das Kreuz unversehrt war <sup>4)</sup>. Das Koblenzer Gericht ist in seiner Eigenschaft als Stadtgericht ein Marktgericht.

---

hoif, zum zeichen, das es alsdan frey ist, also das man darafter niemants mehe kummert noch ain gericht heudet noch den freden claget und kein urtheil weiset und keinen eyd thuit, keiner mag sich auch loiss deylen ader den andern fredebruchig sagen zuschen vorgeanter zeit biss uf den neesten gerichts tag nach s. Remigii . . . . . Item so were bynnen der vorgeanten zeit frevel an der wondeinounge, der gildt dubel boesse, ist die boisse der zeit 5 mr., so ist sey dan 10 mr. Staatsarchiv Koblenz, Papierhandschr. 16. Jahrh. Dieser Abschnitt ist gedruckt, aber nach einer andern Vorlage, bei Reisach und Linde, Archiv II 106.

<sup>1)</sup> Vgl. über den Stadtfrieden Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 24 ff. — <sup>2)</sup> Gerichtsbuch § 20. — <sup>3)</sup> Dass Kur-Trier ein Kreuz im Wappen führt, ist mir natürlich bekannt. — <sup>4)</sup> Gerichtsbuch § 7.

Wir kehren zur ältesten Zeit zurück. Das Koblenzer Gericht, welches zugleich die Marktangelegenheiten behandelt, ist das alte öffentliche Gericht: es weist in seiner Zusammensetzung als oberste Spitze wie anderwärts einen Immunitätsvogt auf, dies Amt hatten die Grafen von Nassau inne<sup>1)</sup>, und einen Schultheissen. Das Gericht war also nicht etwa für die Bedürfnisse des Marktes von erzbischöflicher Seite gegründet, es war kein hofrechtliches Gericht, sondern es ist eben seiner Gliederung wegen als das alte öffentliche Gericht anzusprechen. Da aber bei Zunahme der Bedeutung des Markortes auch die Geschäftsthätigkeit des Gerichts wachsen musste, so wuchs dieses wiederum aus dem alten Landgerichtsbezirk heraus. So wurde auch hier wie andernorts um der Bedürfnisse des Marktes und der Marktstadt willen der Koblenzer städtische Gerichtsbezirk ausgeschieden aus dem grösseren Landgerichtsbezirk.

In den obenerwähnten Zollrollen von 1104 und 1209 befinden sich einige Nachrichten über Koblenzer Handwerker, welche ich noch mit einigen Worten berühren möchte. Besonders die Schuhmacher werden in den Zollrollen erwähnt und erscheinen in einem abhängigen Verhältniss vom Zöllner des Simeonstifts. Die Nachrichten sind folgende: Fremde Schuhmacher dürfen in Koblenz nur mit Erlaubniss des Zöllners Schuhwerk verkaufen. Die einheimischen Schuhmacher kommen drei Mal ungeboten zum Gericht zusammen, jeder derselben hat dann 1 den., am Martinstage aber 5 den. zu erlegen. Sie erhalten den Marktzins, welchen die auswärtigen Schuhmacher von Maria Geburt bis Martini, also während des Marktes, zu entrichten haben. Dafür geben sie dem Zöllner und den Schöffen ein Essen, der Zöllner wiederum giebt ihnen Wein und Käse. So nach der Zollrolle von 1104<sup>2)</sup>. Aus derjenigen

---

<sup>1)</sup> Urkunden v. 1182 Mittelrh. Urk.-B. II, 92. v. 1190—92, Mittelrh. Urk.-B. II 163. — <sup>2)</sup> Mittelrh. Urk.-B. I 467: Sutores aliunde venientes non audebunt ibi calceos vendere absque licentia thelonearii vel ipsius ministri. Sutores ipsius loci ter conveniunt ad placitum injussi et unusquisque tunc dabit denarium unum et in festivitate s. Martini 5 den. Dabitur autem eis census sutorum aliunde venientium a festivitate s. Marie usque ad festivitatem s. Martini. Pro hoc autem dabunt theloneario et 8 senatoribus bonum pastum. Thelonearius autem dabit eis 6 sextaria vini et caseum, qui manu una possit levare.



von 1209<sup>1)</sup> ist noch ersichtlich, dass jeder Schuhmacher nach dem Essen dem Zöllner 5 den. giebt, also vermuthlich die obigen Martinsdenare, ausgenommen die beiden Meister (des Amts) und der Schenk. Die Schuhmacher haben in gewerblichen Angelegenheiten vor dem Zöllner ihren Gerichtsstand, ausser bei Friedbrüchen.

Man hat nun jene Handwerker infolge der obigen Bestimmungen und Abgaben als hörige Leute angesehen<sup>2)</sup>. Ich möchte aber diese Erklärung nicht gelten lassen und die Stellung der Schuhmacher nicht nothwendig aus hofrechtlichen Verhältnissen erklären. Im allgemeinen ist es nun freilich etwas missliches, alle solche Abgaben auf ihre Entstehung hin prüfen und erklären zu wollen. Der Zufall spielt hier oft eine bedeutende Rolle. Das Beispiel von den Schilderern in Erfurt und deren Lieferung eines Sessels an den Erzbischof von Mainz, welches v. Below in seinem ersten Aufsatz zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung anführt, ist in dieser Beziehung lehrreich und ein warnendes Beispiel<sup>3)</sup>. Die Leistungen, welche die Koblenzer Schuhmacher an den Zöllner zu entrichten haben, sind übrigens weniger Leistungen als vielmehr Gegenleistungen. Sie erhalten ja den gesammten Marktzoll, den die fremden Schuhmacher geben. Dafür entrichten sie nach dem Wortlaut der Zollrolle (1104) allerdings nur das Essen an den Zöllner und die Schöffen bzw. später (1209) an den Zöllner, Schultheiss und Schöffen. Aber auch die Zahlung der 5 den. zu Martini nach dem Essen will doch ihre Erklärung in der just zuvor gehabtten Zolleinnahme finden. Aus Zahlung und Essen geht also noch keineswegs eine Hörigkeit der Schuhmacher hervor. Wüssten wir die Höhe des von den fremden Schuhmachern gezahlten Marktzinses, so könnten wir vielleicht daraus schliessen, dass sie den Zoll der fremden Schuhmacher gepachtet haben. Die Schuhmacher erscheinen 1209 bereits

---

<sup>1)</sup> Mittelrh. Urk.-B. II, 282: Completo servitio dabit quilibet eorum theolonario 5 den., exceptis duobus magistris eorum et pincerna . . . . . Item non querent alium iudicem in aliquibus causis tractandis quam theolenarium, nisi excedant lite, que vulgariter dicitur friedebreche. —

<sup>2)</sup> Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter II, 313 ff. —

<sup>3)</sup> Histor. Zeitschr. Bd. 58, 219.

als Handwerksamt zusammengeschlossen mit 2 Meistern an der Spitze und dem Gerichtsstand vor dem Zöllner. Das ist auffallend. Aber gerade die enge Verbindung, in der die Schuhmacher zur Zollvereinnahmung stehen — vielleicht wurden sie bei der Zollverwaltung selbst, bei Entladung der Wagen und Pferde, Ausbesserung von Sielzeug u. s. w. beschäftigt — kann dazu geführt haben, dass sie vor dem Zöllner als ihrem Vorgesetzten in Sachen des Marktes zu Recht stehen; vielleicht ist das ganze Verhältniss älter als die Zollherrlichkeit des Stifts S. Simeon und des Erzbischofs und reicht hinauf bis in die Zeiten, da der Zöllner ein Beamter des Königs war. Wären die Schuhmacher hörige Leute des Erzbischofs gewesen, so hätten sie keine Veranlassung, den Personen des öffentlichen Gerichts nach Beendigung des Marktes ein hofrechtliches Essen zu geben, so würden ferner bei Unzulänglichkeit des Essens nicht die Schöffen diejenigen gewesen sein, welche über nunmehrige weitere hofrechtliche Ersatzleistungen der Schuhmacher zu befinden gehabt hätten. Wären die Schuhmacher Hörige des Erzbischofs gewesen, so wäre es vor allem unerklärlich, dass sie unter dem Beamten eines Stifts, dem Zöllner von S. Simeon, stehen sollten. Sie würden vielmehr unter der Gewalt des erzbischöflichen Hofverwalters, des *economus*, wie er mehrfach bezeichnet wird, gestanden haben. Die Koblenzer Schuhmacher waren vielmehr freie Leute.

Der Bezirk der städtischen Bürgergemeinde, für welche das Koblenzer Gericht gilt, ist enger als der Bezirk der Koblenzer Wirthschaftsgemeinschaft. Diese, d. h. die alte Markgenossenschaft, umfasste seit den ältesten Zeiten die Gemeinden Koblenz, Lützelkoblenz, Moselweiss und Neuendorf. Jeder nichthörige Bürger von Koblenz ist also Mitglied zweier Gemeinden, der Koblenzer Marktgemeinde und der markgenossenschaftlichen Wirthschaftsgemeinschaft; in ersterer Eigenschaft hat er Theil am Markt und am Stadtrecht, in der zweiten an der Almende und dem Gemeinderecht.

Als im Jahre 1198 die Bürger von Koblenz einen Theil ihrer Mark bei Siebenborn gegen einen jährlichen Zins an das Nonnenkloster in Vallendar überliessen, schlossen diesen Vertrag nicht etwa allein die Bürger von Koblenz, sondern nobis omnibus tam de utraque Confluentia quam de Wise ministerialibus

et burgensibus presentibus<sup>1)</sup>. Als Zeugen werden dann aufgeführt 3 Namen aus dem Stift S. Florin, als Weltliche 13 Männer aus Koblenz, unter ihnen Guntramus advocatus und Conradus scultetus<sup>2)</sup> und 11 Männer aus Moselweiss. Der Vertrag wurde also abgeschlossen zwischen den Nonnen einerseits und der Markgenossenschaft Koblenz, Lützelkoblenz und Moselweiss andererseits. Leider ist dies die einzige ältere Urkunde, in welcher die alte Gesamtgemeinde handelnd auftritt. Der Beschluss zur Veräusserung jenes Landes bei Siebenborn musste nach der Markverfassung von dem Burding als dem gemeinderechtlichen Verwaltungskörper gefasst werden. Dass für die Markgenossenschaft ein Burding bestand, kann nicht zweifelhaft sein. Es ist aber zu bedauern, dass wir Jahrhunderte hindurch in den Quellen seiner keine Erwähnung finden.

Dieser Umstand könnte zu der Annahme führen, als hätten das Koblenzer Gericht und seine Schöffen, welche die Marktangelegenheiten und dadurch die Verwaltung der Stadt besorgten, auch die Wirthschaftsangelegenheiten der Gesamtgemeinde besorgt, als sei durch die Verwaltungsthätigkeit der Schöffen das ländliche Burding aufgehoben worden. Das wird in gewissem, unten näher zu erörterndem Sinne und insofern stattgefunden haben, als der Einfluss und die Einsicht der städtischen kaufmännischen Schöffen die der Bauern überwog, als die Stadt naturgemäss der örtliche Sammelpunkt aller Fäden der Verwaltung der Gesamtgemeinde wurde. Gewisse Angelegenheiten, welche früher das Burding der Markgenossenschaft behandelte, wurden später von den Schöffen der Marktgemeinde für den Bereich der Stadt verwaltet und noch später vom Stadtrath. Strafen z. B. und Bestimmungen in Sachen der Almendenutzung, so gewiss sie zur Competenz des Burdings gehörten, werden später vom Stadtrath gehandhabt.

Aber trotz dieses Einflusses, den eine Stadtgemeinde als Theil einer Wirthschaftsgemeinde auf die ländlichen Gemeinden als die übrigen Theilnehmer ausüben musste, hat sich doch das alte Burding jener Markgenossenschaft erhalten.

---

<sup>1)</sup> Mittelrh. Urk.-B. II, 216. — <sup>2)</sup> Ueber die Theilnahme eines hofrechtlichen und eines öffentlichen Beamten am Burding vgl. unten über die Theilnahme des Schultheissen am erzbischöflichen Bauding.

Das Staatsarchiv zu Koblenz verwahrt in einer Abschrift des 16. Jahrhunderts jene bereits oben erwähnte Stadtrechtsquelle, welche als das alte Gerichtsbuch bezeichnet ist. Der Name ist hergenommen von dem Buche, in welches die 29 Abschnitte dieser Rechtsquelle eingetragen worden sind. Einer dieser Abschnitte handelt vom Bauding<sup>1)</sup>. Folgende sind die wichtigsten Nachrichten, welche wir durch jenen Abschnitt über das Bauding erhalten. Schultheiss und Schöffen des weltlichen Gerichts halten das Bauding ab und zwar in Koblenz an der gewöhnlichen Gerichtsstätte<sup>2)</sup>. Auf demselben sollen anwesend bzw. vertreten sein alle die Feuer und Flamme haben (ausgenommen Pfaffen, Dienstleute und Juden), und die Heimbürgen und ganze Gemeinde der Dörfer Moselweiss, Lützelkoblenz und Neuendorf. Es soll ferner anwesend sein der Bürgermeister der Stadt von der Gemeinde wegen, damit nicht die ganze Gemeinde persönlich am Bauding zu erscheinen braucht, wie es eigentlich der Fall sein sollte. Vor das Bauding gehören kleine Vergehen, welche in den Dörfern vorgekommen, wie Waffengeschrei, Messerziehen u. s. w.; ferner der Zustand der Fahrschiffe auf dem Rhein, welche den Uebersetzverkehr vermittelten, und der bauliche Zustand der Häuser in der Stadt, also gewissermassen die Baupolizei, die Aufsicht und Rügen über Ueberbau, Vorbau, Wegebau. Endlich aber muss den gerichtlichen Auflassungen eine Verbudigung des Gutes am Bauding vorausgegangen sein. Wenn einer Zins vor dem öffentlichen Gericht eingeklagt hat und der Schöffe ihn angewiesen hat, er solle das Gut unter seine rat schlagen, so soll er es am Bauding verbudigen. Wenn einer Gut verkauft hat und besorgt Ansprüche von Freunden oder Magen, so soll er solch Gut verbudigen vier Baudinge nacheinander. Hat Keiner dagegen Einwendungen zu erheben, so mag der Betreffende einen Baudingsbrief von den Schöffen nehmen und dann frei sein. Vor dem öffentlichen Gericht geschah die gerichtliche Auflassung, vor dem Bauding wurde die Besitzveränderung verbudigt. Um mich eines jeztzeitigen Ausdrucks zu bedienen: auf dem Bauding wurden die Geschäfte des Grundbuchs wahrgenommen.

<sup>1)</sup> Altes Gerichtsbuch § 20. — <sup>2)</sup> Staatsarchiv Koblenz, Stadtarchiv, Copiar 1 Nr. 38.

Es entsteht nun die Frage: welcher Natur ist dieses Bauding? Ein hofrechtliches Gericht ist es nicht, denn die Dienstleute nehmen nicht an ihm Theil und freie Schöffen besitzen es; es ist aber auch kein öffentliches Gericht, denn Dienstleute und Juden sind ausgeschlossen. Es kann vielmehr nur ein gemeinderechtliches Gericht sein, es ist die Fortführung und zeitgemässe Formung des alten Burdings der Markgenossenschaft Koblenz, Lützelkoblenz, Moselweiss und Neuendorf. Es heisst in den Quellen „des Erzbischofs Bauding“, das „erzbischöfliche Bauding“, „unseres gnädigen Herrn Bauding“, weil der Erzbischof ja auch wirklich der Gemeindeherr ist und als Obereigenthümer der Almende auch Herr des alten Burdings gewesen. Dass nur die Schöffen des öffentlichen Gerichts das Bauding besitzen, ist erklärlich: die ländlichen Heimbürgen würden des Entscheids z. B. städtischer Bausachen nicht mächtig, weil der städtischen Verhältnisse nicht kundig, gewesen sein <sup>1)</sup>. Dass der Schultheiss des öffentlichen Gerichts zugleich der Vorsitzende des Baudings ist, kann noch weniger die Thatsache ändern, dass das Bauding ein Gericht privater Natur, dass es das alte Burding ist. Denn nichts hinderte den Erzbischof sein Bauding durch seinen Schultheissen verwalten zu lassen. Geschieht es doch oft, dass dem öffentlichen Beamten zugleich grundherrschaftliche Obliegenheiten übertragen werden <sup>2)</sup>.

Es ist zu bedauern, dass wir das Bauding erst in einem so späten Zeitabschnitt kennen lernen. Das alte Burding ist in gewisser Hinsicht eingeschränkt, in anderer Hinsicht erweitert. Aufsicht über Mass und Gewicht, die spätere Lebensmittelpolizei, und ähnliches ist ihm durch die Verwaltungsthätigkeit der städtischen Schöffen entzogen. Aber nicht kraft übertragenen oder überkommenen Rechts seitens des Burdings handhaben die Schöffen jene Aufsicht, sondern kraft eigenen, kraft öffentlichen Rechts, d. h. kraft Marktrechts. Das Marktrecht regelte Mass und Gewicht, seine Regelung

<sup>1)</sup> Es ist dies ein ähnlicher Fall wie in Elberfeld, wo Richter und Schöffen dieselben sind, im öffentlichen wie im privaten Gericht. Vgl. v. Below, zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung, *Histor. Zeitschrift* 58, 235. — <sup>2)</sup> v. Below, Entstehung der deutschen Stadtgemeinde S. 32 und *Histor. Zeitschr.* 58, 235.

fand Geltung und Einfluss über die Grenzen des Weichbildes hinaus, neben ihr würde eine gleichlaufende Thätigkeit des Burdings gegenstandslos geworden sein<sup>1)</sup>. Erweitert wurde die Thätigkeit des Burdings dadurch, dass dem Bauding auch die städtischen Bausachen, die Veränderungen des städtischen Grundbesitzes unterstellt wurden.

Wir berühren noch mit wenigen Worten die Ergebnisse, welche die vorstehenden Untersuchungen für die allgemeine Städtegeschichte und den Stand dieser Verfassungsfrage haben.

Die Anschauungen von Arnold<sup>2)</sup> und Heusler<sup>3)</sup> werden durch unsere Quellen nicht unmittelbar berührt. Aber die Entstehung der Stadtgemeinde beruht doch nach den Koblenzer Quellen auf anderen Gründen, als jene Anschauungen vertreten. Die Auffassung von Nitzsch, dass das Stadtrecht und die Stadtverfassung seine Entstehung in der Hofverfassung zu suchen habe, dass die städtische Verwaltung einer Milderung hofrechtlicher Zustände ihr Dasein verdanke, kann für Koblenz keine Anwendung finden. Beide Ansichten sind übrigens durch die scharfen und klaren Ausführungen v. Belows wohl für immer und endgültig beseitigt. Die Nachweisung, dass die Ableitung der städtischen Freiheit aus den Ottonischen Privilegien nicht zutreffend, dass die Stadtbevölkerung nicht aus der Fronhofsbevölkerung hervorgegangen sei, dass sie sich vielmehr im Gegensatz zur letzteren emporgebildet habe, dass das öffentliche Gericht und nicht das Hofgericht den Gerichtsstand der Bürger bildet, diese Nachweisungen haben unsere Kenntniss vom Wesen der ältesten Stadtgemeinde dauernd bereichert. Nach v. Maurer<sup>4)</sup> ist die Stadtverfassung entstanden aus der Markverfassung, die Stadt ist ein ummauertes Dorf. Seine Ansicht hat neuestens v. Below<sup>5)</sup> wieder aufgenommen. Auch er erklärt die Entstehung der Stadtgemeinde aus der Landgemeinde. Gegen diese Auffassung treten unsere obigen

---

<sup>1)</sup> Genau das Gegentheil vertritt v. Below in seiner Entstehung der deutschen Stadtgemeinde S. 57 ff. Die Entstehung der Stadtgemeindeverfassung aus der Landgemeindeverfassung zu erklären, ist der Inhalt der angeführten Schrift. — <sup>2)</sup> Arnold, Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte I S. 137. — <sup>3)</sup> Heusler, Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung 49—52. — <sup>4)</sup> v. Maurer, Geschichte der Städteverfassung. — <sup>5)</sup> v. Below, Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde. 1889.

Urkunden in schärfsten Gegensatz. Die Koblenzer Markgenossenschaft ist eine andere, eine grössere als die Koblenzer Stadtgemeinde. Die letztere ist eine Marktgemeinde. Die Koblenzer Quellen, so dürftig und gering sie an Tiefe und Zahl sind, sind immerhin geeignet, darzuthun, dass die von Aloys Schulte<sup>1)</sup> soeben veröffentlichte Urkunde vom Jahre 1100 betr. die Gründung von Radolfzell, und die ihr entspringende Darstellung von der Entstehung der deutschen Stadtgemeinde auch der ältesten Koblenzer Stadtgeschichte entsprechen.

Zum Schlusse fassen wir noch einmal zusammen, welches Bild uns die oben behandelten Urkunden von der ältesten Form des Koblenzer Stadtwesens erkennen lassen.

Zu Koblenz liegt eine Königsburg; von ihr abhängig besteht daselbst eine Münze und ein Zoll. Unter dem Zoll sind auch Marktabgaben zu verstehen. Koblenz ist Markttort. Am Marktverkehr nimmt die gesammte Koblenzer Bevölkerung Theil. In diesem Zustande geht der Königshof mit den Regalien von Münze und Zoll an den Erzbischof über. Ueber die Marktangelegenheiten richtet das Gericht und zwar das alte öffentliche Gericht, dessen Spitzen ein Immunitätsvogt und ein Schultheiss. Das Gericht urtheilt nicht nur über die Verhältnisse des Marktes, es führen die Schöffen auch die Verwaltung der einschlägigen Angelegenheiten. Da Markt und kaufmännisches Wesen die vornehmsten Grundlagen dieser Marktstadt sind, so wird die Verwaltung der Marktangelegenheiten gleichbedeutend mit der Verwaltung der Stadt überhaupt. Kraft Marktrechts üben die Schöffen ihre verwaltende Thätigkeit. Als dann die Stadt wuchs, verlangten auch die angesehenen Nichtschöffen der Stadt, Ministerialen und Bürger, Theilnahme an der Stadtverwaltung. Die Bürgerschaft wollte an der Spitze ihrer Verwaltung nicht nur das vom Gerichtsherrn, dem Erzbischof, und dem erzbischöflichen Schultheiss immerhin abhängige Schöffencolleg sehen, sondern eine Stadtleitung auf breiterer Grundlage. Dieser Gegensatz zwischen Stadt und Erzbischof kam von der Mitte des 13. Jahrhunderts

---

<sup>1)</sup> Schulte, Ueber Reichenauer Städtegründungen in der Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1890. Bd. 5. S. 167—169. Bereits vor dieser Veröffentlichung hat R. Schröder in seinem Lehrbuch der deutschen

an zum Austrag und endete in der Gründung des städtischen Rathes an der Wende des Jahrhunderts<sup>1)</sup>.

Die Jahre von 1250—1300 bilden in dieser Hinsicht einen Uebergang. Angesehene Ministerialen und Bürger treten hinzu zum Schöffencolleg und ordnen gemeinsam die städtischen Angelegenheiten. In diesem Sinne, aber auch eben nur in diesem Sinne<sup>2)</sup>, entstand der Stadtrath aus dem Schöffencolleg, der erstere war die Fortsetzung des letzteren: er übernahm die Verwaltungsthätigkeit des Schöffencollegs, und als das Jahr 1300 zu zahlenmässiger Begrenzung der neuen Behörde führte, den grösseren Theil seiner Mitglieder. Das Schöffencolleg als solches wurde auf die Thätigkeit des Gerichts unter dem Zeichen und Siegel des Marktkreuzes beschränkt.

Verschieden von Umfang und Grenzen des Markortes sind die Grenzen der Koblenzer Gemarkung. Koblenz bildet nur einen Theil einer Markgenossenschaft. Lützelkoblenz, Moselweiss und Neuendorf bilden gemeinsam mit Koblenz eine Wirthschaftsgemeinschaft. Der Verwaltungskörper, das Gericht dieser Markgenossenschaft ist das Burding. Es blieb neben dem öffentlichen Stadtgericht und neben der städtischen Verwaltung als privates gemeinderechtliches Gericht bestehen und erscheint am Ausgang des Mittelalters als das gemeindeherrliche Bauding.

Rechtsgeschichte S. 590 ff. in allgemeiner Darstellung die Entstehung der Stadtgemeinde aus der Marktgemeinde, des Stadtrechts aus dem Marktrecht, hergeleitet.

<sup>1)</sup> Bär, der Koblenzer Mauerbau S. 12 ff. — <sup>2)</sup> So und nicht anders will auch meine Darstellung dieser Verhältnisse in meinem Koblenzer Mauerbau verstanden sein; v. Below nimmt in der Besprechung desselben in der deutschen Literaturzeitung Jahrgang 1888, und in seiner Entstehung der deutschen Stadtgemeinde S. 90 an, ich hätte in völlig Heuslerschem Sinne die Entstehung des Rathes aus dem Schöffencolleg erklärt.